

Gewinnbeteiligung:	
Ungleiche Chancen auf Erfolgsprämien	2
Elterngeld:	
Setzt er länger aus, steigt sie schneller ein	3
Wirtschaftspolitik: Im Strudel der Deregulierung	4
Europa:	
Troika attackiert Tarifsysteme	4
USA: Gewerkschaften verhindern Arbeitsarmut	6
Löhne: Jobwechsel bringt mehr Geld	6
Hartz IV: Jeder Zweite unter 25 schafft Ausstieg	7
TrendTableau	8

MINDESTLOHN

Jeder Dritte könnte leer ausgehen

Etwa 5 Millionen Beschäftigte verdienen weniger als 8,50 Euro pro Stunde. Würde die Bundesregierung den Forderungen nach Ausnahmen vom Mindestlohn nachgeben, gingen bis zu 2 Millionen dieser Niedriglöhner leer aus.

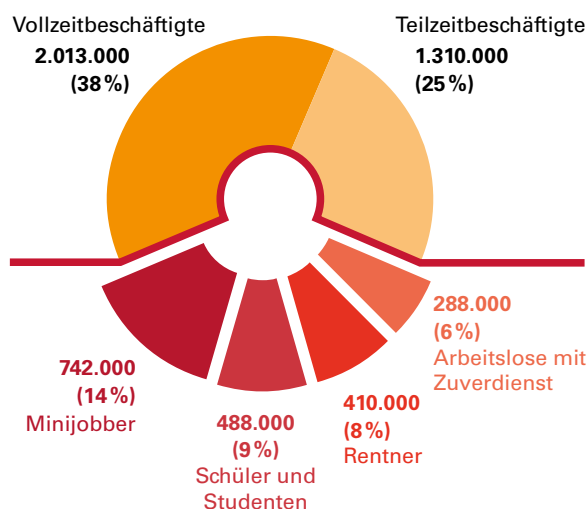
Nach den Plänen der Großen Koalition soll ab 2015 in Deutschland ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn gelten. Allerdings mehren sich Forderungen von Politikern und Arbeitgebern nach Ausnahmeregelungen für bestimmte Arbeitnehmergruppen. Sollten sich diese Forderungen durchsetzen, würde der Mindestlohn nach einer Analyse des WSI zum „Schweizer Käse“: Berechnungen zufolge, die auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels beruhen, lag 2012 der Stundenlohn von 5,25 Millionen Beschäftigten unter 8,50 Euro. Von Ausnahmen für Minijobber, Arbeitslose, Rentner, Schüler und Studenten mit einem Arbeitsverhältnis wären 2 Millionen oder 37 Prozent der Geringverdiener betroffen. Ohne Ausnahmen für geringfügig Beschäftigte wäre es immer noch fast ein Viertel. Damit würde der allgemeine Mindestlohn systematisch unterlaufen und ein neuer Niedriglohnsektor geschaffen, warnt Reinhard Bispinck, der Leiter des WSI*.

Die Ausnahmen würden sich der WSI-Studie zufolge stark auf einige wenige Branchen konzentrieren: Knapp 56 Prozent aller Minijobber und 52 Prozent aller erwerbstätigen Rentner, Schüler und Studenten mit Stundenlöhnen unter 8,50 Euro arbeiten entweder im Gastgewerbe, dem Einzelhandel, den unternehmensnahen Dienstleistungen oder den „sonstigen Dienstleistungen“ wie beispielsweise Wäschereien oder dem Friseurgewerbe. In diesen vier Branchen sind von denjenigen, die weniger als den Mindestlohn verdienen, 35 bis 40 Prozent geringfügig beschäftigt. Zwischen 7 und 25 Prozent sind Rentner, Schüler oder Studenten.

Die Auswirkungen von gesetzlichen Lohnuntergrenzen seien mittlerweile gut erforscht, so Bispinck. Zahlreiche Studien hätten gezeigt, dass keine negativen Beschäftigungseffekte zu erwarten sind. Dagegen seien die Folgen weitgehender Ausnahmen für den Arbeitsmarkt nicht absehbar. Es bestehe die Gefahr, dass es zu erheblichen Verdrängungs- und Substitutionseffekten kommt, dass Unternehmen also Beschäftigte mit Mindestlohn durch solche ohne Mindestlohn ersetzen. Zudem würde die Ausgrenzung ganzer Arbeitnehmergruppen den eigentlichen Zweck der Regelung unterlaufen, nämlich den Schutz aller abhängig Beschäftigten. ◀

Mindestlohn – nicht für alle?

Ein Mindestlohn würde für 5,3 Millionen Beschäftigte mit einem Stundenlohn unter 8,50 Euro gelten



... könnten durch Ausnahmeregelungen herausfallen

Unter 8,50 Euro pro Stunde verdienen in der Branche ...

	Minijobber	weitere Beschäftigte	
Gastgewerbe	19,7 %	30,1 %	49,8 %
sonstige Dienstleistungen	10,3 %	15,7 %	26,0 %
Einzelhandel	8,5 %	16,0 %	24,5 %
unternehmensnahe Dienstleistungen	9,0 %	14,2 %	23,2 %

Quelle: WSI 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

* Quelle: Marc Amlinger, Reinhard Bispinck, Thorsten Schulten: Niedriglohnsektor: Jeder Dritte ohne Mindestlohn? Ausnahmen vom geplanten Mindestlohn und ihre Konsequenzen, WSI Report 12, Januar 2014
[Link zur Studie boecklerimpuls.de](http://www.boecklerimpuls.de)

Ungleiche Chancen auf Erfolgsprämien

Immer mehr Arbeitnehmer erhalten Erfolgsbeteiligungen, besonders in der Metall- und Elektroindustrie. Geringqualifizierte, Leiharbeiter und Frauen gehen überdurchschnittlich oft leer aus.

Wenn die Unternehmensgewinne sprudeln, profitieren in erster Linie die Eigentümer – manchmal aber auch die Arbeitnehmer: Bei Audi gab es 2011 eine Erfolgsbeteiligung von durchschnittlich 9.100 Euro pro Mitarbeiter, Porsche zahlte 7.600 und Volkswagen 7.500 Euro. Christine Slomka vom Duisburger Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) hat untersucht, wie weit solche erfolgsabhängigen Entgelte verbreitet sind. Das Hauptaugenmerk ihrer von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Studie lag auf der Metall- und Elektroindustrie.* Insbesondere in dieser Branche, aber

wieder fast das Vorkrisenniveau erreicht. Im Jahr 2011 beteiligten 15 Prozent der Metall-Betriebe ihre Beschäftigten an den Gewinnen. Gesamtwirtschaftlich waren es 10 Prozent, ebenso im Verarbeitenden Gewerbe.

Die einzelnen Betriebe der Metall- und Elektroindustrie unterscheiden sich zum Teil erheblich in Sachen Gewinnbeteiligung. Dabei besteht ein starker Zusammenhang mit der Belegschaftsgröße: Bei den Betrieben ab 200 Beschäftigten bekommt knapp die Hälfte erfolgsabhängige Entgelte, bei weniger als 20 Beschäftigten sind es nur 9 Prozent. Auch

innerhalb der Unternehmen seien die Chancen auf Erfolgsprämien sehr ungleich verteilt, konstatiert die IAQ-Forscherin. Azubis und Ungelernte etwa könnten mit 8 und 13 Prozent eher selten von Gewinnen profitieren. Von den qualifizierten Arbeitnehmern dagegen erhielt 2010 ein Fünftel eine Erfolgsbeteiligung – und von den Führungskräften die Hälfte.

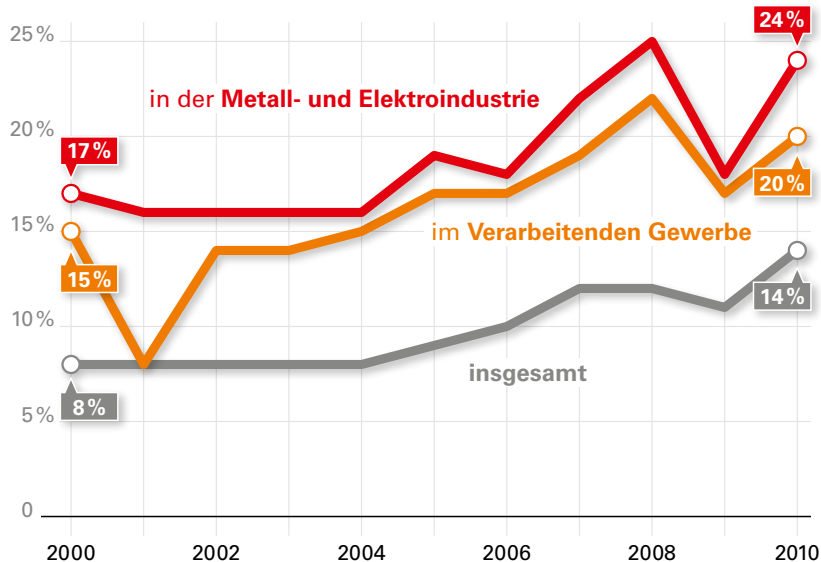
Darüber hinaus spielt die Zugehörigkeit zur Stamm- oder Randbelegschaft eine entscheidende Rolle: Der Studie zufolge haben 2010 nur 2 Prozent der Leiharbeiter am Unternehmenserfolg partizipiert. Ohnehin bestehende Entgeltunterschiede hätten sich dadurch vertieft. Das Gleiche gilt für die Lohnkluft zwischen den Geschlechtern: Frauen in der Metall- und Elektroindustrie erhalten nicht nur seltener eine Gewinnbeteiligung als Männer, sie bekommen mit 1.600 Euro im Schnitt auch wesentlich weniger als ihre männlichen Kollegen mit knapp 5.900 Euro.

Die Autorin führt das darauf zurück, dass Frauen regelmäßig an „gläserne Decken“ stoßen, also nur schwer in Führungspositionen gelangen können. Zudem schlage die vergleichsweise hohe Teilzeitquote unter weiblichen Beschäftigten zu Buche.

Generell stelle die zunehmende Verbreitung von Erfolgsentgelten aus Arbeitnehmersicht eine ambivalente Entwicklung dar, so Slomka. Zwar sei es grundsätzlich erfreulich, wenn hohe Profite auch den Beschäftigten zugutekommen. Andererseits sei die Kopplung von Entgeltbestandteilen an den Unternehmensgewinn für die Arbeitnehmerschaft risikoreicher als feste übertarifliche Lohnbestandteile. Unabhängig davon empfiehlt die Wissenschaftlerin, die Ungleichheiten bei der Gewinnbeteiligung einzudämmen, also beispielsweise Leiharbeiter stärker einzubeziehen und für mehr Gleichbehandlung von Männern und Frauen zu sorgen. ◀

Mehr Arbeitnehmer profitieren vom Profit

Der Anteil der Beschäftigten mit Erfolgsbeteiligung betrug ...



Quelle: Institut Arbeit und Qualifikation 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

auch in anderen Wirtschaftszweigen hat in den vergangenen Jahren der Anteil der Beschäftigten zugenommen, die eine Gewinnbeteiligung erhalten. Allerdings gibt es große Unterschiede – unter anderem zwischen Groß- und Kleinbetrieben, Stamm- und Randbelegschaften, Männern und Frauen.

Slomkas Untersuchung basiert auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels und des IAB-Betriebspanels. Der Auswertung zufolge ist erfolgsabhängige Bezahlung in der Metall- und Elektroindustrie überdurchschnittlich verbreitet: Schaut man auf den Anteil unter allen Beschäftigten, ist die Quote seit dem Jahr 2000 nahezu stetig gestiegen, schreibt die Soziologin. Damals erhielt etwa jeder fünfte Beschäftigte in der Metall- und Elektroindustrie entsprechende Zahlungen, 2010 war es jeder vierte. Im Verarbeitenden Gewerbe stieg der Anteil im gleichen Zeitraum von 15 auf 20 Prozent, über alle Branchen von 8 auf 14 Prozent. Wegen der Finanzkrise sei die Verbreitung von Erfolgsbeteiligungen 2009 zwar zurückgegangen, so die Analyse, doch bereits 2010 habe man

* Quelle: Christine Slomka: Erfolgsabhängige Entgelte in der Metall- und Elektroindustrie, IAQ-Report 3/2013
Link zur Studie unter boecklerimpuls.de

Setzt er länger aus, steigt sie schneller ein

Das Elterngeld soll Müttern früher zurück ins Erwerbsleben verhelfen – und Väter dazu anregen, sich bei der Kinderbetreuung stärker zu engagieren. Das funktioniert recht gut, zeigt eine Studie.*

Mehr als fünf Jahre nach Einführung des Elterngeldes hat Dietmar Hobler zusammen mit seinen Kolleginnen und Kollegen vom Berliner Institut für sozialwissenschaftlichen Transfer (SowiTra) mit finanzieller Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung untersucht, welche Auswirkungen diese familienpolitischen Leistungen haben. Dazu befragten sie von März bis Juni 2013 Väter, die Elterngeld bezogen haben, sowie deren Partnerinnen – und Väter, die sich gegen eine Auszeit entschieden haben.

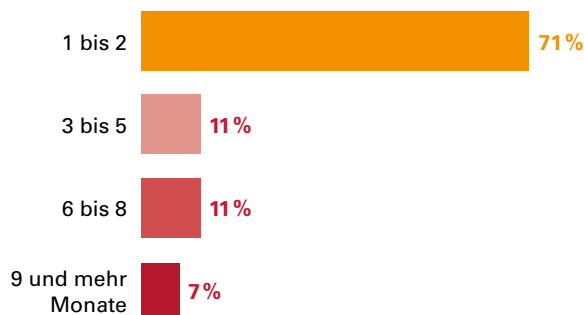
Elterngeld erhalten Paare für zwölf Monate – plus zwei Monate, wenn auch der zweite Elternteil, in der Regel der Vater, für mindestens zwei Monate die Kinderbetreuung übernimmt. „Unsere Untersuchungsergebnisse deuten darauf hin, dass Väter mit einer längeren Elterngeldzeit von drei Monaten oder mehr das berufliche Fortkommen ihrer Partnerinnen aktiv unterstützen“, fasst Hobler einen der vorläufigen Befunde zusammen. Vorläufig deshalb, weil die Forscher noch keine Aussagen zur Repräsentativität ihrer Stichprobe – und damit möglichen Verzerrungen – machen können.

Väter, die länger im Beruf pausieren, reduzieren ihre eigene Arbeitszeit im Anschluss an die Elternmonate häufiger und länger, und sie beteiligen sich auch häufiger zu gleichen Teilen an Hausarbeit und Kinderbetreuung als jene Väter, die nur die zwei Partnermonate nutzen. Für die Mütter bedeutet das: Wenn ihr Partner länger zu Hause bleibt, können sie schneller wieder erwerbstätig werden. Auch arbeiten sie häufiger (wieder) in Vollzeit als jene Mütter, deren Partner höchstens zwei Elternmonate genommen haben.

Die „stärker egalitär orientierten“ Väter – also diejenigen, die drei Monate oder länger Elterngeld beziehen – finden sich öfter bei Paaren, in denen beide Partner eine hohe Qualifikation aufweisen. Auch haben sie häufiger ein ähnlich hohes Einkommen und ähnlich lange Arbeitszeiten. Allerdings sind sie unter den männlichen Elterngeld-Empfängern nicht sehr oft anzutreffen: Hier machen sie 29 Prozent aus. Die 71 Pro-

Väter in Elternzeit

Elterngeld in Anspruch nehmen Väter für ...



Online-Befragung von 627 Vätern
Quelle: SowiTra 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

zent Elterngeld-Väter, die sich lediglich für die beiden Partnermonate entscheiden, verdienen häufiger mehr und arbeiten länger als ihre Partnerin.

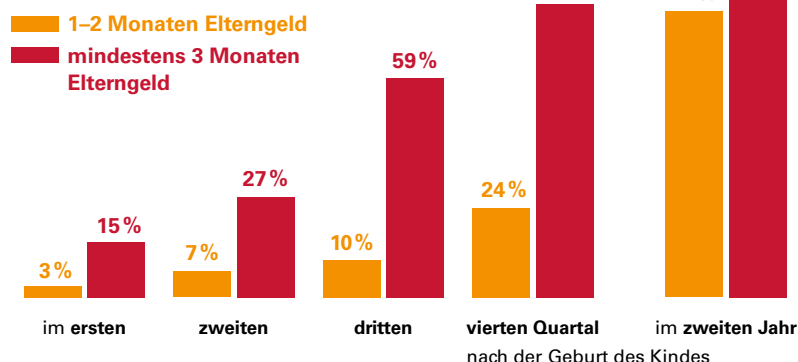
Als Gründe für die Aufteilung der Elternmonate führten Väter sowohl eigene Wünsche – zum Beispiel nach mehr Zeit für die Familie – als auch die ihrer Partnerin an. So gaben 70 Prozent aller „stärker egalitär orientierten“ Väter an, sie wollten mit ihrer Entscheidung das berufliche Fortkommen ihrer Partnerin unterstützen. Bei den Vätern, die sich lediglich für ein bis zwei Partnermonate entschieden, antworteten dies nur 31 Prozent.

Dementsprechend unterschiedlich schnell kehrten auch die Mütter wieder in eine Erwerbstätigkeit zurück: Im vierten Quartal nach der Geburt ihres Kindes waren bereits 79 Prozent der Mütter wieder in ihren Beruf eingestiegen, deren Partner eine längere Auszeit nahmen. Wo der Partner nur für ein bis zwei Monate zu Hause blieb, kehrten nur 24 Prozent nach einem Jahr oder früher ins Berufsleben zurück.

Nach ihrem eigenen Anteil an Hausarbeit und Kinderbetreuung befragt, gaben Väter mit längerem Elterngeldbezug um einiges höhere Werte an. Etwa die Hälfte schulterte 40 bis 60 Prozent der Kinderbetreuung, ein Zehntel mehr als 60 Prozent. Deutlich häufiger arbeiten diese Väter nach den Elternmonaten in Teilzeit. ◀

Beruflicher Wiedereinstieg von Müttern

Wieder berufstätig waren von den Partnerinnen der Väter mit ...



Online-Befragung von 627 Vätern; Quelle: SowiTra 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

* Quelle: Dietmar Hobler: Der Beitrag der Väter zum beruflichen Wiedereinstieg ihrer Partnerinnen, Vortrag bei der WSI-Gleichstellungstagung „Zeit und Geld für eine fürsorgliche Praxis. Gender und Sorgearbeit im Lebensverlauf“, 26. September 2013
Link zur Studie unter boecklerimpuls.de

Im Strudel der Deregulierung

Seit den 1970er-Jahren wandelte sich die Wirtschaft vom Real- zum Finanzkapitalismus. Das war keine zufällige Entwicklung. Der Wirtschaftsforscher Stephan Schulmeister erkennt ein Muster, nach dem Deregulierung regelmäßige Probleme schuf, die wiederum mit weiterer Deregulierung bekämpft wurden.

In kapitalistischen Marktwirtschaften sind unterschiedliche „Spielanordnungen“ möglich, schreibt Stephan Schulmeister vom Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO).^{*} Die Phase vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis in die 1970er-Jahre bezeichnet der Ökonom als „realkapitalistische Spielanordnung“. In dieser Konstellation richtete sich das Profitstreben der Unternehmer fast ausschließlich auf Aktivitäten in der physischen Welt, also auf Investitionen in Maschinen statt in Finanzderivate. Feste Wechselkurse, niedrige Realzinsen, stabile Rohstoffpreise und „schlummernde“ Aktienmärkte bildeten die Rahmenbedingungen. Die Konsequenz waren, so Schulmeister, hohe Wachstumsraten und anhaltende Vollbeschäftigung.

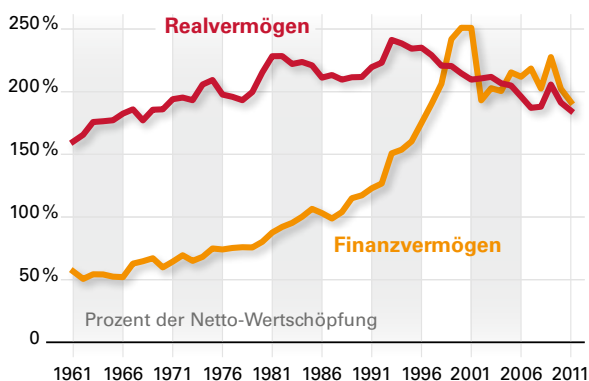
Dem realkapitalistischen Aufschwung schloss sich nach der Analyse des WIFO-Forschers der finanzkapitalistische Abschwung an: „Im Finanzkapitalismus dämpfen instabile Wechselkurse und Rohstoffpreise, über der Wachstumsrate liegende Zinssätze und boomende Aktienmärkte unternehmerische Aktivitäten in der Realwirtschaft, gleichzeitig werden Finanzspekulationen immer attraktiver.“ In dieser Konstellation gingen Wachstum und Beschäftigung zurück, die Staatsverschuldung stieg schneller. Den vorläufigen Höhepunkt dieser Entwicklung bilde die heutige europäische Beschäftigungs- und Staatsschuldenkrise, so Schulmeister.

Den langen Weg zur aktuellen Krise interpretiert der Forscher als eine Abfolge politischer Entscheidungen zum Abbau von Regulierungen zugunsten der Finanzwirtschaft. In der realen Wirtschaft entstanden dadurch Krisen – deren Lösung weitere Deregulierungen bringen sollten, so Schulmeister. Er nennt dies den „neoliberalen Wechselschritt“. Zentrale Stationen dieser Entwicklung:

- ▶ Auf die Freigabe der zuvor festgeschriebenen Wechselkurse Anfang der 1970er-Jahre folgte ein massiver Wertverlust des US-Dollars, worauf die OPEC-Länder mit höheren Ölpreisen reagierten, was wiederum Rezessionen mit zunehmender Arbeitslosigkeit und starken Preissteigerungen auslöste. Um die Inflation zu stoppen, setzten die Notenbanken auf Hochzinspolitik – in Europa lagen die Realzinsen seither fast durchgängig über der Wachstumsrate der Wirtschaftsleistung. Dadurch verschlechterte sich die Situation der produzierenden Wirtschaft, während Finanzanlagen attraktiver wurden.
- ▶ Mit der Deregulierung der Finanzmärkte und dem Aufkommen neuer Derivatemarkte in den 1980er-Jahren verlor die Realkapitalbildung gegenüber dem Finanzsektor weiter an Boden. Arbeitslosigkeit und Staatsverschuldung stiegen. Die politische Konsequenz: Die Staaten sollten sparen, besonders im Sozialbereich. Anfang der 1990er-Jahre fand diese Überzeugung in den Maastricht-Kriterien Ausdruck. Inzwischen ist der sogenannte Fiskalpakt hinzugekommen.
- ▶ Boomende Finanzmärkte und geschwächte Sozialstaaten erhöhten die Ungleichheit und dämpften die Konsumnach-

Finanzkapital gewinnt Dominanz

Bei deutschen Unternehmen* betrug das ...



* ohne Finanzbranche; Quelle: Schulmeister 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

frage, so Schulmeister. Die Beschäftigung stagnierte weiter. Zum Abbau der Arbeitslosigkeit wurden nun die Arbeitsmärkte dereguliert und die Entstehung prekärer Jobs gefördert oder zugelassen.

- ▶ Die Sozialkürzungen, etwa bei den staatlichen Rentensystemen, lieferten die Begründung für den Aufruf zu individueller Eigenvorsorge. Das spülte weitere Finanzmittel an die Börsen – wo institutionelle Anleger nach Schulmeisters Analysen systematisch im Vorteil gegenüber Kleinanlegern sind.
 - ▶ Die Expansion des Finanzsektors ließ dessen wichtigste Spieler so groß werden, dass sie bei drohender Insolvenz mit Steuermitteln gerettet werden müssen. Im Vertrauen darauf würden die „Finanzalchimisten“ die „selbstreferentielle Geldvermehrung“ noch intensivieren – unter anderem mit billigem Geld, das die Notenbanken eigentlich zur Stützung der Realwirtschaft zur Verfügung stellen.
- „Die neoliberalen Ökonomen und Politiker“ würden, so Schulmeister, zur Bewältigung der Krise dennoch weiter jene Therapien einfordern, „die Teil der Krankheit sind: Senkung der Staatsausgaben, umfassende Privatisierung, Schonung der Finanzvermögen, keine Erhöhung des Spitzensteuersatzes oder sonstiger Beiträge der Bestverdiener“. Zwar rechnet der Forscher damit, dass sich die Entscheidungsträger in Zukunft auch wieder anderer Konzepte besinnen werden; etwa wenn der aktuelle Aktienboom zusammenbricht und erneut offenbar wird, dass die vermeintlichen Vermögenszuwächse fiktiv waren. Allerdings dürfte der Lernprozess dauern: „Die Geister, die man vor mehr als 40 Jahren gerufen hatte, wird man so schnell nicht wieder los.“ ◀

* Quelle: Stephan Schulmeister: Realkapitalismus und Finanzkapitalismus – zwei „Spielanordnungen“ und zwei Phasen des „langen Zyklus“, in: Jürgen Kromphardt (Hrsg.): Weiterentwicklung der Keynes'schen Theorie und empirische Analysen, Marburg 2013

Troika attackiert Tarifsysteme

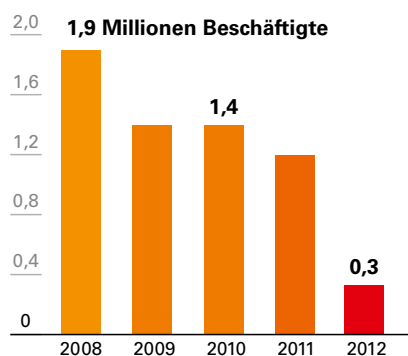
Reallöhne und Tarifbindung gehen drastisch zurück, Flächentarife werden zerstört. Das ist das Resultat der Politik von Europäischer Zentralbank, EU-Kommission und Internationalem Währungsfonds in Europas Krisenländern.

Bis zu einem Drittel ihres 2009 zunächst eingefrorenen Gehalts haben manche Beschäftigte des öffentlichen Dienstes in Griechenland inzwischen eingebüßt. Auf die Nullrunde vor fünf Jahren folgten 2010 Einschnitte von 12 bis 20 Prozent; von 2011 bis 2013 kosteten die Sparprogramme griechische Staatsbedienstete erneut bis zu 17 Prozent ihres Verdienstes. Das geht aus einer Aufstellung des WSI-Tarifexperten Thorsten Schulten hervor.* Für das Europäische Parlament hat der Forscher zusammengefasst, welche Folgen die Auflagen von EZB, EU und IWF für Lohnniveau und Lohnverhandlungen in Griechenland, Spanien, Portugal, Irland oder Zypern haben. Es zeigt sich: Die reale Kaufkraft der Bevölkerung ist erheblich zurückgegangen, Tarife und Mindestlöhne spielen eine immer geringere Rolle.

Das Ziel der sogenannten Troika aus Zentralbank, Kommission und Währungsfonds besteht darin, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Krisenländer durch Senkung der Arbeitskosten zu verbessern – nach Schultens Analyse ein Unterfangen mit hohen sozialen Kosten. Zudem sei es wenig dazu geeignet, das Wirtschaftswachstum anzuregen.

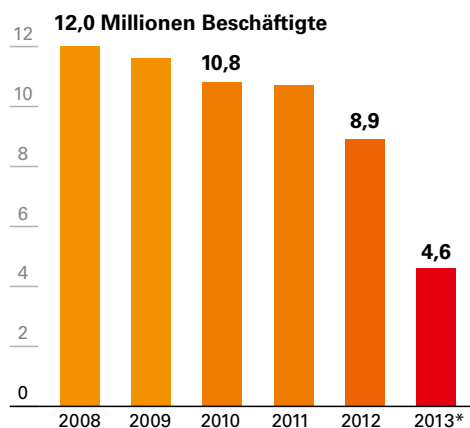
Portugal: Erosion der Flächentarife

Ein Flächentarifvertrag galt für ...



Spanien: Drastischer Rückgang der Tarifbindung

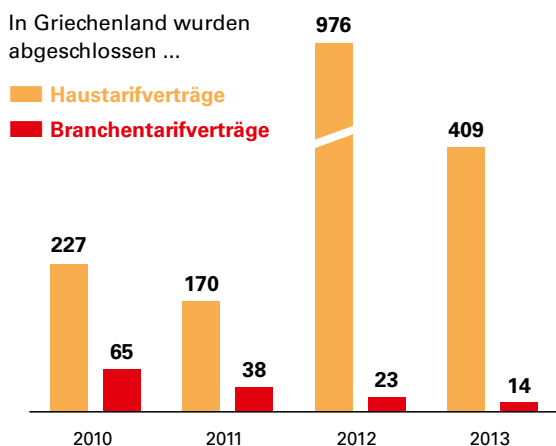
Ein Flächentarifvertrag galt für ...



Griechenland: Flächentarife ausgehöhlt

In Griechenland wurden abgeschlossen ...

Haustarifverträge
Branchentarifverträge



Lohnsenkungen erfolgen auf zwei Wegen: Erstens durch direkte Eingriffe, also Kürzung der Bezüge von öffentlich Bediensteten und Einfrieren oder Absenken von Mindestlöhnen. Zweitens durch „Strukturreformen“, die etablierte Mechanismen kollektiver Lohnfindung schwächen oder außer Kraft setzen.

Bei allen Unterschieden im Detail laufen die in den vergangenen Jahren beschlossenen Gesetze laut Schulten darauf hinaus,

- ▶ eine Übertragung von erzielten Tarifabschlüssen auf andere Teile der Wirtschaft zu erschweren,
- ▶ betrieblichen Lohnvereinbarungen Vorrang vor Flächentarifen zu geben,
- ▶ Nachwirkungsfristen ausgelaufener Tarifverträge zu verkürzen,
- ▶ Belegschaftsvertreter ohne gewerkschaftliche Bindung als Verhandlungspartner zuzulassen.

In Griechenland gab es 2010 noch 65 Flächentarifverträge, heute sind es nur noch 14. Die Zahl der betrieblichen Lohnvereinbarungen ist dagegen in die Höhe geschossen – 80 Prozent davon führten zu einer Kappung der Verdienste. In Portugal arbeiten statt 1,9 Millionen heute nur noch knapp 330.000 Beschäftigte mit Flächentarifvertrag. In Spanien ging die Zahl von 12,0 Millionen auf 4,6 Millionen zurück.

Die Troika erzeuge auf diese Weise einen „starken Lohndruck, der eine Deflationsspirale mit sehr schädlicher Wirkung auf die Güternachfrage auslöst“, warnt der WSI-Forscher. ◀

* Quelle: Thorsten Schulten: The impact of the Troika policy on wages and collective bargaining, öffentliche Anhörung des Europäischen Parlaments zu den sozialen Folgen der Troikapolitik, 9. Januar 2014
Link zum Vortrag unter boecklerimpuls.de

Gewerkschaften verhindern Arbeitsarmut

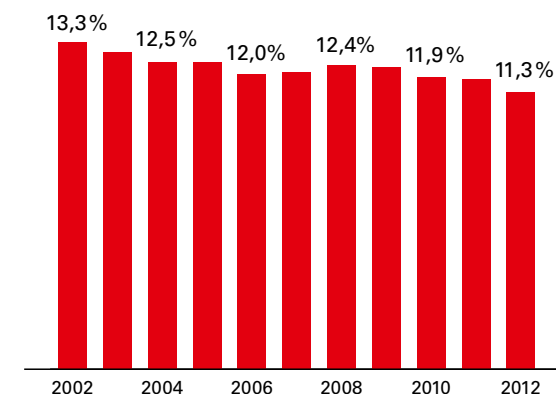
Das beste Mittel gegen Erwerbsarmut sind starke Gewerkschaften. Zu diesem Ergebnis kommt eine Untersuchung des US-amerikanischen Arbeitsmarkts.

Dass Arbeitslosigkeit das Armutsrisiko erhöht, liegt auf der Hand. Der Umkehrschluss – dass ein Job vor Armut schützt – gilt nur begrenzt: In den USA gibt es mehr arme Beschäftigte als arme Arbeitslose, schreiben David Brady, Regina S. Baker und Ryan Finnigan. Zwischen 1974 und 2004 seien durchschnittlich 3,4 Prozent der Bevölkerung arm und ohne Arbeit gewesen, 10,4 Prozent dagegen „working poor“. Erwerbsarmut stelle also ein massives Problem der amerikanischen Gesellschaft dar. Die Soziologen vom Berliner Wissenschaftszentrum für Sozialforschung (WZB) und der amerikanischen Duke University haben untersucht, inwieweit Gewerkschaften zur Linderung dieses Problems beitragen können.*

Dass gewerkschaftliches Engagement eine wichtige Rolle spielen dürfte, vermuten die Autoren wegen der zentralen Funktionen von Arbeitnehmerorganisationen: Diese setzen sich zum einen in Tarifverhandlungen für höhere Löhne ein. Zum anderen trügen sie zur Verbreitung von Gerechtigkeitsnormen bei. Um herauszufinden, ob sie dadurch Erwerbsarmut messbar beeinflussen, haben die Wissenschaftler Daten der Luxembourg Income Study für die USA und des Current Population Survey ausgewertet. Ihre Berechnungen haben sie sowohl für die Ebene der einzelnen Haushalte als auch für die der Bundesstaaten durchgeführt. Beide Modelle führen zu dem gleichen Ergebnis: Je mehr Arbeitnehmer gewerkschaftlich organisiert sind, desto geringer ist ihr Armutsrisiko. Das gilt auch dann, wenn ökonomische Rahmenbedingungen wie das Wirtschaftswachstum und die Arbeitslosenquote

Langsamer Niedergang

Mitglied in einer Gewerkschaft waren unter den Beschäftigten in den USA ...



Quelle: U.S. Bureau of Labor Statistics 2014 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

und Merkmale der Beschäftigten wie das Alter, der Beruf oder die Bildung herausgerechnet werden. Wenn der gewerkschaftliche Organisationsgrad 2010 so hoch gewesen wäre wie 1991, so die Analyse der Forscher, wäre die Quote der armen Erwerbstätigen, die 2010 bei 11,3 Prozent lag, etwa 1,2 Prozentpunkte niedriger gewesen. Damit sei der Einfluss der Gewerkschaften auf die Erwerbsarmut in den USA größer als derjenige der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen oder der Sozialpolitik. ◀

* Quelle: David Brady, Regina S. Baker, Ryan Finnigan: When Unionization Disappears: State-Level Unionization and Working Poverty in the United States, in: American Sociological Review 5/2013
Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

LÖHNE

Jobwechsel bringt auch im Osten mehr Geld

Wer die Firma wechselt, verdient später mehr, als wenn er geblieben wäre. Für Ostdeutsche zahlt sich ein neuer Job im Osten inzwischen stärker aus als ein Umzug in den Westen.

Nach der Wende haben viele Ostdeutsche ihre Heimat verlassen, um in den alten Bundesländern ihr Glück zu versuchen. Der Trend könnte sich jetzt umkehren. Das legt zumindest eine neue Auswertung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) nahe*: Ostdeutsche Betriebswechsler verdienen nämlich vor allem dann mehr, wenn sie innerhalb von Ostdeutschland wechseln. In absoluten Zahlen beträgt ihr Einkommensvorsprung gegenüber den Nichtwechslern 78 Cent pro Stunde. Diejenigen, die zu einem Betrieb im Westen wechseln, bekommen dagegen nur 53 Cent pro Stunde mehr.

Bastian Alm von der Universität Dortmund, Dirk Engel von der Fachhochschule Stralsund und Antje Weyh vom IAB Sachsen stützen sich bei ihrer Analyse auf die amtliche Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit für die Jahre 1999 bis 2009, die alle Arbeitnehmer erfasst. Über ein

Matching-Verfahren vergleichen sie Betriebswechsler mit statistischen Zwillingen, also Beschäftigten mit gleichem Profil, die in ihrer Firma bleiben: Das Einkommen der Betriebswechsler steigt im Jahresdurchschnitt um 2,68 Prozent, das der Nichtwechsler nur um 1,34 Prozent.

Für die Forscher sind die Ergebnisse ein „weiterer Beleg für die gestiegene Attraktivität des ostdeutschen Arbeitsmarktes“. Mittelfristig könne dies dazu führen, dass die Ost-West-Wanderung abflaut. Zudem sei zu erwarten, dass diejenigen, die ihre Heimat einst verlassen haben, vermehrt zurückkehren. ◀

* Quelle: Bastian Alm, Dirk Engel, Antje Weyh: Einkommenseffekte von Betriebswechslern. Neue Befunde in Ostdeutschland, IAB Discussion Paper 8/2013
Link zur Studie unter boecklerimpuls.de

Jeder Zweite unter 25 schafft Ausstieg

Einmal Hartz IV, immer Hartz IV? Wenigstens für junge Menschen gilt das nicht. Dennoch gelingt vielen Schulabgängern in den ersten Jahren keine dauerhafte Integration in den Arbeitsmarkt.

Rund 700.000 15- bis 25-Jährige sind auf Arbeitslosengeld II (ALG II) angewiesen. Diese Zahl allein sagt aber wenig über die soziale Lage junger Menschen. Dahinter können sich ganz unterschiedliche Phänomene verbergen: Denkbar ist, dass viele Jugendliche ein paar Wochen Wartezeit zwischen Schule und Ausbildung oder Ausbildung und Festanstellung mit Hartz-IV-Leistungen überbrücken. Es kann allerdings auch sein, dass es sich um eine Gruppe handelt, die am Arbeitsmarkt chancenlos ist und bald nach Ende der Schulpflicht eine „Sozialhilfe-Karriere“ beginnt. Um Licht ins Dunkel zu bringen, hat Brigitte Schels, Wissenschaftlerin am Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, die Lebensläufe junger ALG-II-Empfänger untersucht.* Ihre Ergebnisse beruhen auf der Beobachtung von 674 Personen und decken den Zeitraum von Januar 2005 bis Dezember 2010 ab. Daraus ergeben sich sieben typische Verlaufsmuster. Sortiert nach der Häufigkeit:

Rasche Erwerbsintegration. In dieser Gruppe zieht sich die Hartz-IV-Periode im Schnitt über 17 Monate. Dennoch handelt es sich dabei nur um Orientierungs- oder Überbrückungsphasen junger Leute mit mittlerem oder höherem Schulabschluss. Nach drei bis vier Jahren haben fast alle einen Vollzeitjob.

Fehlende Arbeitsmarktintegration. Die zweitgrößte Gruppe stellen aber bereits junge Erwachsene, denen der Sprung in den Arbeitsmarkt nicht gelingt. Sie kommen allenfalls vorübergehend ohne Grundsicherung aus. Phasen mit Minijob sind häufiger als Vollzeitbeschäftigung. Keine oder geringe Schulabschlüsse und fehlende Berufsausbildung sind die Regel. Relativ häufig kommen diese Jugendlichen aus einem Elternhaus mit eher geringem Bildungsstand, oft leben sie in einem Haushalt mit Kindern.

Rascher Abgang in geringfügige Beschäftigung. Die Betroffenen gingen zu Beginn der Beobachtungen in vielen Fällen noch zur Schule, um Abitur zu machen. Daran schließen sich aber weder Ausbildung noch Studium an, sondern ALG-II-Bezug und später Minijobs. Meist leben sie noch bei den Eltern. Frauen und Migranten sind überdurchschnittlich häufig vertreten.

Verzögerte Erwerbsintegration. Diese Jugendlichen haben einen Berufs-, aber meist keinen höheren Schulabschluss. Sie

stammen größtenteils aus Nicht-Akademiker-Familien. Die Abhängigkeit von Hartz-IV-Leistungen dauert vergleichsweise lange an – aber am Ende des Untersuchungszeitraums hatte die überwiegende Mehrheit eine Vollzeitstelle.

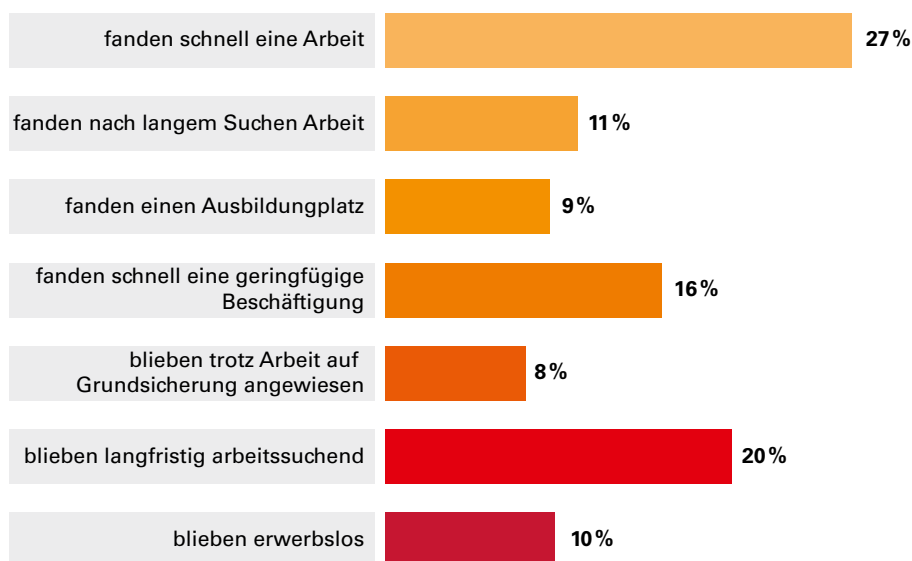
Nicht-Erwerbstätigkeit. Nicht beschäftigt, nicht in Ausbildung, aber auch nicht arbeitslos gemeldet. Hier handelt es sich vor allem um junge Mütter, oft in Ostdeutschland.

Betriebliche Ausbildung. Ebenfalls eine relevante Zahl von Jugendlichen bekommt ALG II, weil die Ausbildungsvergütung nicht zum Lebensunterhalt reicht und sie in einkommensschwachen Haushalten leben.

Erwerbsintegration im Leistungsbezug. In der letzten Gruppe finden sich schließlich junge Aufstocker, die arbeiten und gleichzeitig Grundsicherung beziehen. Sie verfügen oft

Unsicherer Start ins Arbeitsleben

Junge Hartz-IV-Empfänger:* Nach dem Beginn ihres Leistungsbezugs ...



* Angaben von 674 im Dezember 2010 befragten jungen Erwachsenen, die im Januar 2005 in den Leistungsbezug eingetreten waren
Quelle: Schels 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2014

über einen Haupt- oder Realschulabschluss und haben eine Berufsausbildung absolviert.

Angeht es um unterschiedliche Erwerbsverläufe könne die Hypothese „einmal im Bezug – immer im Bezug“ verworfen werden, urteilt Schels. Trotzdem zeigten die Daten, wo Handlungsbedarf bestehe. So bräuchten viele Jugendliche stärkere Unterstützung dabei, „vollqualifizierende Berufsbildungsabschlüsse nachzuholen“.

* Quelle: Brigitte Schels: Zwischen Überbrückung und Verstetigung: Leistungsbezugs- und Erwerbssequenzen junger Arbeitslosengeld-II-Empfänger, in: WSI-Mitteilungen 8/2013
Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Impressum

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.);
Chefredaktion: Rainer Jung; **Redaktion:** Dr. Kai Kühne, Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp Wolter, Sören Zieher;
E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de;
Telefon 02 11 / 77 78-286, Fax 02 11 / 77 78-207;
Druck und Versand:
Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

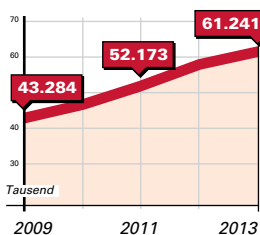
Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Abdruck frei nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle), weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben unter boecklerimpuls.de

TrendTableau

ARBEITSMARKT

Keine Ruhe im Rentenalter

Mit über 70 waren sozialversicherungspflichtig beschäftigt ...

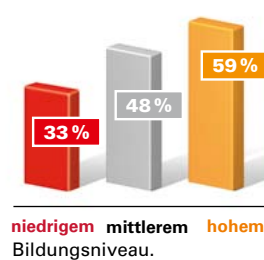


jeweils Ende Juni; Bundesagentur für Arbeit, Dezember 2013

BILDUNG

Mehr Weiterbildung für gut Qualifizierte

Weitergebildet haben sich 2012 von den Erwerbstätigen mit ...



Statistisches Bundesamt, November 2013

GENDER

Managerinnen sind selten ganz oben

Von den 200 größten deutschen Unternehmen* haben ...

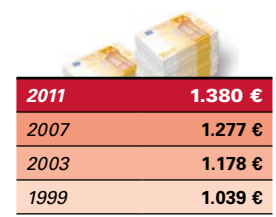


* außerhalb des Finanzsektors
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Januar 2014

GESUNDHEIT

Heimkosten belasten Versicherte

Der durchschnittliche monatliche Eigenanteil an Pflegeheimkosten* betrug ...



* Pflegestufe I, der Beitrag der Kassen blieb mit 1.023 € im Monat unverändert
Barmer GEK Pflegebericht 2013

EINKOMMEN

Arme Singles

Von Armut gefährdet waren 2011 von allen ...

Alleinerziehenden	38,8 %
alleinstehenden Frauen	32,7 %
alleinstehenden Männern	32,0 %
kinderlosen Paaren*	10,5 %
Paaren mit zwei Kindern	7,7 %

* unter 65 Jahren
Statistisches Bundesamt, Januar 2014

ARBEITSWELT

Fast keine Teilzeithäter

So verteilt sich die Erwerbsarbeit in Paar-Haushalten mit Kindern:

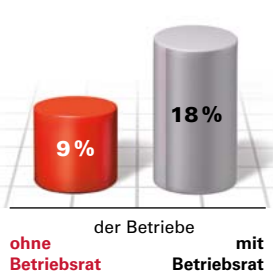
beide Partner Vollzeit	25 %
Vater Vollzeit, Mutter Teilzeit	70 %
beide Partner Teilzeit	3 %
Mutter Vollzeit, Vater Teilzeit	2 %

2012, Kinder unter 18 Jahren
Statistisches Bundesamt, Januar 2014

MITBESTIMMUNG

Eher Bonus mit Betriebsrat

Beschäftigte bekamen 2011 eine Erfolgsbeteiligung in ...

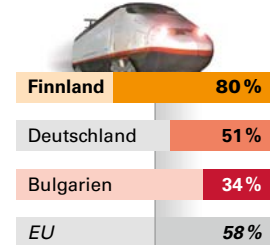


Haipeter 2014

ZUFRIEDENHEIT

Wenig geliebte DB

Zufrieden mit ihrem Eisenbahnsystem sind in ...



Eurobarometer, Dezember 2013

► **TARIFPOLITIK:** Die Tariflöhne haben im Jahr 2013 real spürbar zugelegt. Die Verbraucherpreise sind im vergangenen Jahr um 1,5 Prozent gestiegen, die Tarifvergütungen dagegen um 2,7 Prozent. Daraus ergibt sich im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt ein preisbereinigtes Wachstum der Tariflöhne und -gehälter um 1,2 Prozent. Zu diesem Ergebnis kommt die tarifpoli-

tische Jahresbilanz 2013 des WSI-Tarifarchivs. „Bereits seit 2009 ist es den Gewerkschaften gelungen, Tarifsteigerungen durchzusetzen, die oberhalb der laufenden Preissteigerungsrate lagen“, so Reinhard Bispinck, Leiter des Tarifarchivs. Eine Ausnahme bildete nur das Jahr 2011. Die Spannweite der jüngsten Tarifsteigerungen reicht von 3,5 Prozent im Bereich Berg-

bau, Energie- und Wasserversorgung über 3,0 Prozent im Investitionsgütergewerbe, 2,7 Prozent im Bereich Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft, 2,4 Prozent im Verbrauchsgütergewerbe bis zu 2,3 Prozent im Handel. Bei den effektiven Bruttoeinkommen – hier fließen unter anderem auch die Einkommen von Beschäftigten ein, die nicht nach Tarif bezahlt

werden – fiel der Zuwachs im vergangenen Jahr etwas niedriger aus: Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer sind 2013 nominal um 2,2 Prozent gestiegen. Preisbereinigt bedeutet dies einen Anstieg um 0,7 Prozent. Insgesamt schlossen die DGB-Gewerkschaften 2013 Tarifverträge für rund 13,1 Mio. Beschäftigte ab.
WSI-Tarifarchiv, Januar 2014

Der nächste Böckler Impuls erscheint am 12. Februar

bestellen unter boecklerimpuls.de